

Das Programm soll sich in mehreren Planungen zufolge an den ersten Kernthesen der Ur-AfD orientieren. Nach ihrer Gründung im Februar 2013 hatte sich die Alternative für Deutschland für die Euro-Abschaffung, eine EU-Reform und ein einfa-

glieder verloren, darunter auch viele Mandatsträger. In den Umfragen stürzte die AfD auf rund drei Prozent ab. In den sozialen Medien wächst Petrys Fangemeinde trotzdem beständig. dpa/dne/fsp

Streit über Schmerzensgeld nach Germanwings-Absturz

BERLIN. Hinterbliebene der Opfer der Germanwings-Katastrophe vom März lehnen das Schmerzensgeld-Angebot der Lufthansa ab. Eine Entschädigungszahlung mit pauschal 25 000 Euro sei zu niedrig und habe bei den Angehörigen für „Empörung“ gesorgt, teilte Rechtsanwalt Elmar Giemulla in Berlin mit. Er forderte mindestens 100 000 Euro für jedes Opfer. Giemulla vertritt mehr als 30 Familien.

Auch das Angebot der Lufthansa, nächsten Angehörigen wie Eltern, Kindern oder Lebenspartnern ohne weitere Prüfung jeweils ein Schmerzensgeld von 10 000 Euro zu zahlen, bezeichnete der Anwalt als unangemessen. Der Betrag müsse „im

unteren sechsstelligen Bereich liegen“, schrieb er in einem Brief an die Gegenseite. Ein so niedriges Angebot habe er in seiner Zeit als Anwalt bislang noch nie erlebt. Die Lufthansa teilte nur mit, dass sie „generell anwaltliche Korrespondenz nicht kommentiert“.

Deutschlands größte Fluggesellschaft hatte bereits 50 000 Euro pro Opfer an die Angehörigen gezahlt. Bei dem nach bisherigen Erkenntnissen vom Co-Piloten absichtlich herbeigeführten Absturz des Germanwings-Airbus in Südfrankreich waren Ende März 150 Menschen ums Leben gekommen. Germanwings ist eine Tochter der Lufthansa. Reuters/dpa

